

1928

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 9530.

Das Jahr 1928

markiert die Zäsur in der Geschichte der Volkspartei. Die «Spar- und Leihkasse für das Fürstentum Liechtenstein» geriet durch Verluste infolge mangelhaft oder nicht gedeckter Kreditpositionen und infolge von Wechselgeschäften in Schwierigkeiten. Fürst und Gemeinden leisteten Bürgschaften, die jedoch nicht in Anspruch genommen werden mussten. Die regierende Volkspartei wird politisch verantwortlich gemacht.

Die Regierung demissioniert. Die oppositionelle Fortschrittliche Bürgerpartei beginnt, wie das «Aargauer Tagblatt» schreibt, die Sparkassa-Affäre «in einer Weise politisch auszuschlachten, die schwerlich im Interesse des Landes» liege.

Der Landesfürst löst den Landtag auf (15.6.).

gewählt. In den folgenden drei Sitzungen kam es zu ausgiebigen Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen. «Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt», stellte Wilhelm Beck in der Sitzung vom 14. Oktober⁷⁵ fest und forderte entsprechende Massnahmen auch in Liechtenstein.

In konsequenter Fortführung des Ausbaues der politischen Volksrechte forderte Beck, dass zum direkten Wahlrecht eine parlamentarische Regierung gehöre. Er betrachtete es auch als eine «gebieterische Notwendigkeit»⁷⁶, die Landräte, d. h. die zwei nebenamtlichen Regierungsmitglieder, durch das Volk aus dem Volk bestimmen zu lassen. Selbstbewusst begründete Beck seinen Vorstoss mit dem Wahlerfolg der Volkspartei und den von ihr vertretenen Volkswünschen.

In der Sitzung vom 24. Oktober 1918 reichten die vier Volkspartei-Abgeordneten (Beck, Wolfinger, Risch und Gassner; Sprenger war abwesend) einen offiziellen Antrag auf «Einführung einer parlamentarischen (Volksmit-)Regierung» ein.⁷⁷ Die Regierung hätte nach diesen Vorstellungen nur noch «im Einvernehmen mit der Mehrheit des Landtages geführt werden» können.⁷⁸

Als flankierende Massnahme und mit etwas marktschreierisch tönender Begleitmusik druckten die O. N. einen Artikel aus dem «Tagblatt der Stadt St. Gallen» ab.⁷⁹ Darin wurde festgehalten, dass der Antrag Becks («ein Nachkomme der freien Walser von Triesenberg») auf eine parlamentarische Regierung durch Landesverweser Imhof schroff zurückgewiesen worden sei. Der Artikel schliesst mit der Bemerkung: «Wie man sieht, hat der totgesagte Absolutismus eine neue, wenn auch bescheidene Heimstätte gefunden im Ländchen Liechtenstein, dem Geburtslande eines Peter Keiser(!)». Imhof hatte allerdings diesen Antrag auf etwas ungeschickte Art zurückgewiesen, und weder eine «innere noch eine äussere Berechtigung der Anregung erkennen» können.⁸⁰

75 O.N. 43/1918.

76 O.N. 43/1918.

77 O.N. 45/1918.

78 O.N. 45/1918.

79 O.N. 45/1918.

80 So äusserte sich Imhof bereits in der Landtagssitzung vom 14. Oktober 1919. Siehe O.N. 42/1918.